

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 14.05.2013

Lfd. Nr. : 12.7

über

Drs. Nr. : 0566/XIX

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Dringlichkeit

nachrichtlich den

schriftlich

Fraktionen der SPD, CDU, Grünen,  
Die Linke und Piraten

Konsensliste

## Beantwortung der Großen Anfrage

### Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund in Neukölln 2012

1. Sind dem Bezirksamt die von ReachOut dokumentierten Angriffszahlen für Vorfälle mit rassistischem, antisemitischem, homophobem und rechtsextremem Hintergrund bekannt und wie bewertet das Bezirksamt, dass Neukölln danach im Jahr 2012 den traurigen Spitzenrang aller Bezirke einnimmt?
2. Sieht das Bezirksamt eine gezielte Raumgreifungsstrategie von Neonazis in Neukölln und falls ja, welche Maßnahmen unternimmt das Bezirksamt dagegen?
3. Liegen dem Bezirksamt Erkenntnisse über erfolgreiche Ansätze aus anderen Bezirken vor und lassen sich diese auf Neukölln übertragen?

Sehr geehrter Herr Vorsteher / sehr geehrte Frau Vorsteherin,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Biedermann,

für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der Fraktion der Grünen wie folgt:

**Zu 1.:** Zur ersten Teilfrage – ja. Die Angriffszahlen für Vorfälle mit rassistischem, antisemitischem, homophobem und rechtsextremem Hintergrund sind dem Bezirksamt bekannt.

Durch die Berliner Opferberatungsstelle ReachOut wurden für das Jahr 2012 in Berlin insgesamt 139 Gewalttaten und massive Bedrohungen dokumentiert. Im Jahr 2011 gab es 158 dokumentierte Gewalttaten, doch wurden im Jahr 2012 dabei mehr Menschen verletzt oder bedroht, insgesamt waren es 234 gegenüber 229 im Jahr 2011. Die meisten Angriffe gab es nach Informationen von Reach Out in Neukölln und Friedrichshain. Wie in den Vorjahren war Rassismus das häufigste Tatmotiv, neben Homophobie und Aktionen gegen politische Gegner und „Alternative“.

In den ehemaligen Westbezirken wurden 76 (2011: 80), in den anderen 63 (2011: 78) Gewalttaten verübt. Die meisten Übergriffe gab es mit 22 in Neukölln (2011: 15). Der größte Teil der Angriffe fand in der Öffentlichkeit statt: 69 Gewalttaten (2011: 77) wurden auf Straßen, Plätzen und an Haltestellen verübt, 34 (2011: 40) in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Bahnhöfen.

Erschreckend ist hierbei, dass laut ReachOut davon auszugehen ist, dass nur ein Viertel aller Angriffe bekannt wird, mithin die Dunkelziffer der tatsächlichen Gewalttaten und Übergriffe deutlich höher anzusetzen ist. Insofern wäre eine Erfassung der Vorfälle durch ein bezirkliches Register hilfreich, um sich einen objektiven Überblick verschaffen zu können.

Zur zweiten Teilfrage möchte ich deutlich zum Ausdruck bringen, dass das Bezirksamt generell Gewalttaten auf das Schärfste verurteilt. Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ist absolut inakzeptabel. Seit einigen Jahren ist deutlich festzustellen, dass die Neonazi-Szene, also die NPD als sozusagen „legaler Arm“ der Rechtsextremen wie auch konspirativ tätige Banden wie der sogenannte „Nationale Widerstand“ den Süden Berlins, darunter auch Neukölln, sowie angrenzende Landkreise Brandenburgs zu einem Hauptfeld ihrer Tätigkeit auserkoren hat.

Laut Verfassungsschutz nehmen politische Aktivitäten von aktionsorientierten Rechtsextremisten, wie Demonstrationen oder Flyeraktionen, eher ab. Ich bin überzeugt, dass die konsequenten Gegenaktionen dazu beigetragen haben. Hier möchte ich besonders die Mitwirkung von Rudower Geschäftsleuten hervorheben. So musste Rudow in den letzten Jahren auch nicht mehr die jährliche Demonstration für ein sogenanntes „Nationales Jugendzentrum“ ertragen. Stattdessen stehen aggressive Aktionsformen - insbesondere die Provokation und tätliche Bedrohung politischer Gegner – nunmehr eindeutig im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Kern der Gewalttäter sind Mitglieder der ehemaligen „Autonomen Nationalisten“, die ihre Stützpunkte in Lichtenberg und Neukölln hatten und sich nunmehr illegal oder in Tarnorganisationen mit häufig wechselnden Namen betätigen.

Die Konzentration auf den Süden der Stadt hat wohl auch mit der NPD-Zentrale in Köpenick zu tun, da gewaltbereite „Nationalisten“ und NPD sich zunehmend vernetzen oder in Personalunion tätig sind. Anscheinend setzen diese Kräfte auch darauf, dass die überwiegend autochthon deutsche Bevölkerung des Berliner Südens für rassistische, ausländerfeindliche Bedrohungsszenarien besser empfänglich sei, als BewohnerInnen in Gebieten, in denen das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft mittlerweile zur Normalität gehört. Vor diesem Hintergrund ist

auch die verstärkte Aktivität der NPD gegen die Aufnahme von Flüchtlingen oder AsylbewerberInnen zu sehen, die mit der Parole „Rudow (bzw. aktuell Britz) muss deutsch bleiben“ auf Stimmenfang geht.

**Zu 2.:** In der Vergangenheit wurden die meisten Angriffe nach Angaben der Opferberatung ReachOut stets in den östlichen Bezirken gezählt, vor allem in Treptow-Köpenick oder Lichtenberg, wo es „traditionelle“ rechtsextreme Hochburgen gibt. Es ist jedoch seit einiger Zeit zu beobachten, dass sich die rechtsextreme Gewalt in Berlin immer mehr in die westlichen Stadtbezirke verlagert. Wie bereits oben angeführt, haben Neonazis ihren aggressiven Aktionsraum mittlerweile in das südliche Neukölln ausgedehnt, sind hier besonders aktiv und wirken bis nach Brandenburg hinein (bzw. umgekehrt). ReachOut spricht deshalb bereits von einer "Umkehr im Ost-West-Verhältnis", da sich mehr als die Hälfte der im Jahr 2012 dokumentierten Vorfälle in den „westlichen“ Stadtbezirken zugetragen haben.

Insofern kann hier tatsächlich von einer gezielten "Raumgreifungsstrategie" gesprochen werden, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der öffentliche Raum durch verstärkte Präsenz besetzt werden soll. Rechtsextreme zielen hierbei auf die permanente Etablierung rechtsextremer bzw. rechtsorientierter Erscheinungsformen im kommunalen und öffentlichen Raum (z.B. Szeneläden, Kneipen, Tattoostudios, Proberäume für Musikbands etc.). Sie versuchen damit, sich als scheinbar "normale" Klientel zu etablieren. Seit einiger Zeit ist auch zu beobachten, dass Neonazis anlässlich von Veranstaltungen demokratischer Vereine oder Gruppierungen (Diskussionsrunden, Filmvorführungen etc.) immer wieder flankierende Kundgebungen mit Transparenten und rechten Parolen durchführen. Mit der Etablierung rechtsextremer Infrastrukturen und Aktivitäten steigt auch das Bedrohungspotenzial für potenzielle Zielpersonen rechtsextremer oder rassistischer Gewalt. Die Anschläge auf das Anton-Schmaus-Haus, auf BewohnerInnen der Hufeisensiedlung oder vermeintlich „linke“ Passanten sprechen eine deutliche Sprache. Das „Totschweigen“ solcher Aktivitäten, etwa um den Bezirk nicht in ein „schlechtes Licht“ zu rücken, ist m. E. kontraproduktiv und öffnet Räume für die Neofaschisten!

Der Umgang mit dieser rechtsextremen Infrastruktur stellt für Politik und Zivilgesellschaft, für uns alle, eine besondere Herausforderung dar. Was kann nun das Bezirksamt gegen diese Entwicklungen unternehmen? Spontan möchte man sagen: „Nichts!“ Ist doch selbst die rassistische und fremdenfeindliche Propaganda der NPD vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt, musste das BA dieser Partei vor dem Hintergrund einschlägiger Urteile bezirkseigene Räume für ihre Hetzveranstaltungen überlassen, wie zuletzt am 16.2.13 das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt.

Aber gerade diese Veranstaltung, die zunächst wie eine Niederlage der demokratischen Kräfte aussah, hat auch positive Aspekte zutage gefördert. An diesem Tage waren nicht nur die üblichen Gegendemonstranten zur Stelle. Neben anwesenden Linken, Piraten und Grünen hat die Neuköllner SPD ihren Parteitag unterbrochen, um geschlossen gegen die Naziveranstaltung zu protestieren. Zwei Bezirksamtsmitglieder, Frau Dr. Giffey und ich, sowie die Leiterin des Gemeinschaftshauses, waren den

ganzen Tag vor Ort, auch im Saal, um die NPD zu beobachten und mit der Polizei Strategien abzusprechen, um z.B. die Teilnahme der Öffentlichkeit herzustellen.

Im letzten August fand eine von der BVV beschlossene Veranstaltung zum Thema „Rechtsextremistische Bedrohung in Neukölln“ statt. Hierbei war nicht nur das Thema wichtig, sondern in der Öffentlichkeit wurde vor allem die Tatsache hoch geschätzt, dass eine „offizielle“ Aktion dazu im Rathaus stattfand.

Ich pflege regelmäßige Kontakte zur Landesantidiskriminierungsstelle (LADS). Im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung haben sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedensten Bereichen des Bezirksamts an sogenannten Fokusgruppen beteiligt, in denen Handlungsmöglichkeiten für die tägliche Praxis des Bezirksamts diskutiert wurden.

Es ist ein wichtiges Zeichen für den ganzen Bezirk, wenn alle demokratischen Kräfte, unter aktiver Mitwirkung des Bezirksamts, gegen Rechtsextremisten auftreten. Diese Einigkeit erwarten Neuköllner Bürgerinnen und Bürger, viele Initiativen gegen Rechts, auch in Bezug auf die kommende Unterbringung von Flüchtlingen im Bezirk. Viele Einzelpersonen, Kirchengemeinden, Institutionen und Verbände sind bereit, dieses Vorhaben zu begleiten und zu einer positiven Aufnahme der Menschen beizutragen. Das Bezirksamt muss und wird diese Aktivitäten fördern und unterstützen.

Zu 3.: Zwei Beispiele: Im Nachbarbezirk Treptow-Köpenick wurde die Aufnahme von Flüchtlingen im ehemaligen Bürgeramt beschlossen. Um die AnwohnerInnen rechtzeitig zu informieren, führte die BVV Treptow-Köpenick mit Unterstützung der Kirchengemeinde in der Friedenskirche Grünau eine Informationsveranstaltung durch mit dem Thema: Grünau hilft! Obwohl viel Skepsis blieb, konnte die Diskussion in sachliches Fahrwasser geführt werden.

Im Bezirk Lichtenberg, in dem aktuell 1.172 Flüchtlinge und Asylbewerber untergekommen sind, wurden im Umfeld der Heime Anwohnerbeiräte installiert. Das Bezirksamt organisiert das Gespräch mit Anwohnervertretern und Wohnungsbaugesellschaften, mit HeimbewohnerInnen und -betreibern, um die Nachbarn zu erreichen. Mit Erfolg, wie SPD-Bürgermeister Andreas Geisel im November gegenüber der taz betonte.

Diese Strategie halte ich auch in Neukölln für richtig und wegweisend: Das frühe Gespräch mit AnwohnerInnen suchen, UnterstützerInnen gewinnen, Fragen und Probleme mit allen Beteiligten offen diskutieren. Sicherlich wird der Bezirk durch die Neuankommenden auch Anstrengungen bewältigen müssen. Beschulung der Kinder, medizinische Versorgung, sozialhilferechtliche Betreuung sind nur einige Stichworte, und das vor dem Hintergrund ohnehin erforderlicher Integrationsanforderungen insbesondere im Norden des Bezirks. Natürlich gibt es auch große Vorbehalte, und insbesondere die Rechtsextremen versuchen alles, um Vorurteile zu schüren.

Jedoch haben Kirchengemeinden und Anwohnerinitiativen bereits signalisiert, dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zu einem positiven Miteinander

beizutragen. Diese Angebote werden wir natürlich aufgreifen. Es kommt vor allem auch auf den Senat an, ob dieser nicht nur Beschlüsse zur Verteilung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen auf die Bezirke fassen kann, sondern auch bereit ist, diesen die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie für die anstehenden Aufgaben dringend benötigen.

Bernd Szczepanski  
Bezirksstadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!